

C? O"?

ERNST RUDOLF HUBER

DEUTSCHE  
VERFASSUNGSGESCHICHTE

SEIT 1789

*Band VI*

*Die Weimarer Reichsverfassung*

VERLAG W. KOHLHAMMER *AfV*  
STUTT GART **BERLIN** KÖLN MAINZ/" / /

# INHALTSVERZEICHNIS

## *A. Die Grundideen der Reichsverfassung*

### **Allgemeines Schrifttum zur Weimarer Reichsverfassung**

<b>Kapitel I. Der Geltungsgrund der Reichsverfassung</b>	<b>5</b>
§ 1. <i>Revolution und Reichsverfassung</i>	5
I. Die Frage der rechtsschöpferischen Kraft der Revolution	5
1. Der revolutionäre Ursprung der Reichsverfassung	5
2. Machtrealismus und Legitimusismus im Streit um die rechtsschöpferische Kraft der Revolution	6
II. Der Rechtspositivismus und der Satz von der verfassungschaffenden Macht der erfolgreichen Revolution	7
1. Die Lehre von der normativen Kraft des Faktischen	7
2. Die Frage nach dem Geltungsgrund der Reichsverfassung in der Weimarer Rechtslehre und Rechtsprechung	9
§ 2. <i>Rechtsanerkennung und Rechtsüberzeugung</i>	
<i>als Grundlagen der Gültigkeit der Reichsverfassung</i>	14
I. Legalität und Legitimität der Verfassungsschöpfung	14
II. Die „geisteswissenschaftliche Wende“ der deutschen Staatsrechtslehre und der Geltungsgrund der Reichsverfassung	15
1. Die Reichsverfassung und die Frage nach den „Grundwerten des staatlichen Daseins und Soseins“	15
2. „Rechtsüberzeugung“ und „Rechtsanerkennung“ als Kriterien der Legitimität der Reichsverfassung	19
3. Der Weimarer „Kompromiß der Werte“	21
III. Die Leitgedanken der Reichsverfassung	23

## Inhaltsverzeichnis

<b>Kapitel II. Reich, Republik und Demokratie</b>	<b>24</b>
§ 3. <i>Reichskontinuität, demokratische Republik und Repräsentativsystem</i>	24
I. Die Identität und Kontinuität des Reichs	25
1. Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Verfassungswechsel	25
2. Identität und Kontinuität des Reichs in Staats- und völkerrechtlicher Sicht	26
3. Die staatspolitische Bedeutung des Axioms der deutschen Identität	27
II. Die Staatsidee und Staatsform der demokratischen Republik	28
1. Die Entscheidung der Reichsverfassung für die Nationaldemokratie	28
2. Die Grundideen der Republik: Einheit, Gleichheit und Freiheit	29
3. „Gleichheit der Chancen“ oder „soziale Homogenität?“	31
4. Demokratische Herrschaftsordnung oder herrschaftslose Gesellschaft?	33
III. Repräsentative und plebiszitäre Demokratie	35
1. Die Verfassungsentscheidung für das Prinzip der Repräsentation	35
2. Repräsentative Demokratie und freies Mandat	36
3. Die Verbindung des repräsentativen und des plebiszitären Prinzips	38
§ 4. <i>Der Weimarer Parlamentarismus und das Problem der Regierbarkeit des Vielparteienstaats</i>	39
I. Repräsentativdemokratie und parlamentarisches Regierungssystem	40
1. Die wesensbestimmenden Funktionen des Parlaments: Repräsentation - Deliberation - Dezision	40
2. Parlamentsabsolutismus oder parlamentarisch kontrollierte Kabinettsregierung?	43
3. Sicherungen des Systems der parlamentarischen Kabinettsregierung	45
II. Präsidialmacht und Parlamentsmacht bei der Berufung des Reichskabinetts	47
1. Das Verfahren der Regierungsbildung	47
2. Die Kontroverse über den verfassungspolitischen Sinn des Modus der Kabinettsbildung	48
3. „Präsidenschaftsrepublik“ oder „parlamentarischer Parteienstaat“?	49
4. Die Regierungsbildung in Krisenlagen	50
III. Der Parlamentarismus und die Sicherung der „Regierbarkeit“ des Staats	51
1. Die Koalitionsfähigkeit des Parlaments und die Regierbarkeit des Staats	51
2. Die Krise des Weimarer Parlamentarismus und die Mittel zur Sicherung der Regierbarkeit des Staats	53
<b>Kapitel III. Reichseinheit und Reichsgliederung</b>	<b>55</b>
§ 5. <i>Der Weimarer „unitarische Bundesstaat“</i>	55
I. Einheitsstaat oder Bundesstaat?	55
1. Unitarismus, Föderalismus und Dezentralisation	55
2. Die Entscheidung für die bundesstaatliche Lösung des Reichsproblems	56

## Inhaltsverzeichnis

II. Das Wesen des unitarischen Bundesstaats . . . . .	59
1. Die Wandlung vom föderativen zum unitarischen Bundesstaat . . . . .	59
2. Die Wandlung vom hegemonialen zum gleichgewichtigen Bundesstaat . . . . .	62
III. Die „vertikale Gewaltenteilung“ im unitarischen Bundesstaat . . . . .	65
§ 6. <i>Reich und Länder.</i> . . . . .	67
I. Reichssouveränität und Landesstaatlichkeit . . . . .	67
1. Der Träger der Reichssouveränität . . . . .	67
2. Reichssouveränität und Landesgewalt . . . . .	68
II. Existenzrecht und Verfassungshoheit der Länder. . . . .	69
1. Das Recht der Länder auf Fortbestand . . . . .	69
2. Reichsverfassung und Landesverfassungen. . . . .	70
III. Gebietshoheit und Staatsangehörigkeitshoheit der Länder. . . . .	73
1. Reichsgebiet und Landesgebiet . . . . .	73
2. Reichsangehörigkeit und Landesangehörigkeit . . . . .	74
IV. Mitgliedschaftsrechte und Hoheitsrechte der Länder im Reich . . . . .	76
1. Die Rechtsgleichheit der Länder. . . . .	76
2. Die Arten der gliedschaftlichen Länder-Rechte. . . . .	77
3. Die Rechtsbeziehungen der Länder zum Ausland und untereinander . . . . .	77
4. Die innerstaatlichen Kompetenzen der Länder. . . . .	78
5. Die Landeshoheitsrechte und die Kompetenz-Kompetenz des Reichs . . . . .	78
V. Die Reichspflichten der Länder. . . . .	79
1. Die Folgepflicht der Länder. . . . .	79
2. Die Treupflicht der Länder. . . . .	80

## **Kapitel IV. Rechtsstaatsprinzip und Grundrechtsschutz** **82**

§ 7. <i>Verfassungsstaat, Rechtsstaat und Gewaltenteilung.</i> . . . . .	82
I. Verfassungsstaat und Rechtsstaat . . . . .	82
1. Die Untrennbarkeit des Verfassungsstaats- und des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	82
2. Die Entwicklung des Rechtsstaats: Vom „Vernunftstaat“ zum „Gesetzesstaat“. . . . .	84
II. Das Rechtsstaatsprinzip der Weimarer Verfassung. . . . .	85
1. Bewahrung und Ausbau der Rechtsstaatlichkeit . . . . .	85
2. Die politische Funktion der Rechtsstaatsgarantien im demokratischen Parteienstaat . . . . .	86
III. Das Rechtsstaatsprinzip und die Gewaltenteilung . . . . .	88
1. Der Grundsatz der Gewaltenteilung. . . . .	88
2. Die Gewaltenteilung in der parlamentarischen Demokratie. . . . .	89
3. Die Gewaltenteilung in Konflikts- und Krisenlagen . . . . .	91

## Inhaltsverzeichnis

IV. Der Rechtsstaat in der Gegenposition gegen Machtstaat und Wohlfahrtsstaat . . . . .	92
1. Der Rechtsstaat und die Trias der Staatszwecke . . . . .	92
2. Rechtsstaat, Machtstaat und Wohlfahrtsstaat . . . . .	93
§ 8. <i>Wesensgehalt, Arten und Schranken der Grundrechte.</i> . . . . .	94
I. Die Grundrechte als Garantie der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft . . . . .	95
II. Grundrechtsschutz und Grundrechtsschranken . . . . .	96
1. Die Grundrechte als Abwehrrechte gegen Eingriffe staatlicher und sozialer Gewalt . . . . .	96
2. Grundrechte und Eingriffsvorbehalt . . . . .	97
3. Die „Wesensgehaltsgarantie“ im Weimarer Grundrechtssystem . . . . .	99
III. Einheit und Gliederung des Grundrechts-Systems . . . . .	101
1. Die drei Arten der Grundrechte . . . . .	101
2. Die innere Einheit der Grundrechts-Arten . . . . .	102
§ 9. <i>Die Persönlichkeitsgarantien</i> <i>und die Institutsgarantien der Reichsverfassung.</i> . . . . .	103
I. Freiheit, Gleichheit und Eigentum als Rechte personaler Selbstbestimmung	103
II. Die Gewährleistung der Gleichheit und der Freiheit der Einzelnen . . . . .	104
1. Die Gleichheit vor dem Gesetz . . . . .	104
2. Die Freiheit der Person . . . . .	105
3. Die Garantie des persönlichen Rechtsschutzes . . . . .	106
III. Die Gewährleistung der Ehe, der Familie und des Jugendschutzes . . . . .	107
1. Ehe, Familie und elterliche Gewalt . . . . .	107
2. Das Jugendrecht . . . . .	108
IV. Freiheitsrechte und Institutsgarantien des Gemeinschaftslebens . . . . .	109
1. Die Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Petitionsfreiheit . . . . .	109
2. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Religionsausübung und der Zugehörigkeit zu Religions- und Weltanschauungsverbänden . . . . .	110
3. Die Freiheit der Kunst, der Wissenschaft und der Erziehung . . . . .	111
V. Freiheitsrechte und Institutsgarantien der Wirtschaftsverfassung . . . . .	112
1. Wirtschaftsfreiheit und Vertragsfreiheit . . . . .	112
2. Eigentumsgarantie, sozialer Vorbehalt und Enteignung . . . . .	113
3. Die Garantie des Erbrechts . . . . .	114
4. Bodenordnung und Bodenreform . . . . .	114
5. Der Schutz des geistigen Eigentums . . . . .	115
6. Der Mittelstandsschutz . . . . .	115
7. Sozialstaat und Sozialisierung . . . . .	116

## Inhaltsverzeichnis

VI. Die Grundrechte der Arbeitsverfassung . . . . .	.116
1. Arbeitsvertrag und Arbeitsschutz . . . . .	.116
2. Recht auf Arbeit und Pflicht zur Arbeit . . . . .	.117
3. Koalitionsfreiheit und Arbeitskampfrecht . . . . .	.118
10. Die institutionellen Garantien des Weimarer Grundrechtssystems . . . . .	119
I. Die Garantien zugunsten von Einrichtungen unmittelbarer oder mittelbarer Staatstätigkeit . . . . .	119
1. Die institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums . . . . .	119
2. Die institutionelle Garantie der Gerichtsverfassung . . . . .	120
3. Die institutionelle Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung . . . . .	120
II. Die Garantien zugunsten von Einrichtungen des Bildungswesens . . . . .	120
1. Die institutionelle Garantie der Schulverfassung . . . . .	120
2. Die institutionelle Garantie der Hochschulverfassung . . . . .	121
3. Die institutionelle Garantie der theologischen Fakultäten . . . . .	121
III. Die Garantien zugunsten des Status der Religionsgesellschaften . . . . .	122
1. Die institutionelle Garantie des religionsgesellschaftlichen Vereinigungsrechts . . . . .	122
2. Die institutionelle Garantie der kirchlichen Eigen Verwaltung . . . . .	122
3. Die besonderen institutionellen Schutznormen des staatlich-kirchlichen Bereichs. . . . .	122
IV. Die Garantien zugunsten von Einrichtungen des Sozialrechts . . . . .	123
1. Die institutionelle Garantie des Koalitionsrechts der Berufsverbände . . . . .	123
2. Die institutionelle Garantie des Betriebsverfassungsrechts . . . . .	124
V. Die institutionelle Garantie der Rechte nationaler Minderheiten . . . . .	125

## *B. Das Parteiensystem der Weimarer Republik* 127

### **Kapitel V. Die Parteien im demokratischen Vielparteienstaat** 129

§ 11. Parteienstaat, Massendemokratie und Vielparteiensystem . . . . .	129
I. Massendemokratie und Massenparteien . . . . .	130
1. Die Wandlung der Parteien im demokratischen Massenstaat . . . . .	130
2. Demokratischer Massenstaat und Verhältniswahlsystem . . . . .	131
II. Massendemokratie und Parteienherrschaft . . . . .	134
1. Massenstaat und demokratischer Pluralismus . . . . .	134
2. Die Kriterien des Weimarer Parteienstaats. . . . .	135
3. Partieller oder absoluter Parteienstaat? . . . . .	135
4. Die Weimarer Entscheidung für den „partiellen Parteienstaat“ . . . . .	136
5. Die Weimarer Entscheidung für die repräsentative, gegen die instrumentale Demokratie. . . . .	137

## Inhaltsverzeichnis

12. Die institutionelle Position der Parteien im Weimarer Verfassungsstaat . . . . .	139
I. Parteienstruktur und Verfassungsstruktur . . . . .	139
1. Parteienmacht und Parteienverantwortung . . . . .	139
2. Die Kontinuität und Stabilität des deutschen Fünfparteiensystems . . . . .	141
3. Der Wandel vom Fünf- zum Siebenparteiensystem und das Problem der Koalitionsfähigkeit im Weimarer Vielparteienstaat . . . . .	142
II. Die Splitterparteien im Weimarer parlamentarisch-demokratischen System . . . . .	143
1. Verhältniswahlsystem und Splitterparteien . . . . .	143
2. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Splitterparteien und das Problem der „Gleichheit in der Verhältniswahl“. . . . .	146
III. Die verfassungsfeindlichen Parteien im Weimarer parlamentarisch-demokratischen System . . . . .	150
1. Verfassungstragende, revisionistische und verfassungsfeindliche Parteien . . . . .	150
2. Verfassungsrechtliche Möglichkeiten des Vorgehens gegen verfassungsfeindliche Parteien. . . . .	151
3. Die Partei verböte gegen die radikale Rechte und Linke . . . . .	152
4. Parteiverbote und parlamentarisches Mandat . . . . .	155
<b>Kapitel VI. Die Parteien der bürgerlichen Rechten</b>	<b>157</b>
§ 13. Die <i>Deutschnationale Volkspartei</i> . . . . .	157
I. Parteiführung und Parteiprogramm . . . . .	158
1. Die Führung der DNVP . . . . .	158
2. Das deutschnationale Bekenntnis zur Monarchie. . . . .	158
3. Die Sachfragen im deutschnationalen Programm . . . . .	160
II. Die parlamentarische Führungsschicht der DNVP 1920-1928. . . . .	160
1. Die Deutschnationalen im ersten Reichstag . . . . .	160
2. Die Deutschnationalen im zweiten Reichstag . . . . .	162
3. Die Deutschnationalen im dritten Reichstag . . . . .	164
III. Krise, Spaltung und Scheitern der DNVP 1928-1933. . . . .	165
1. Die Parteikrise 1928/29. . . . .	165
2. Die Parteispaltung 1929/30. . . . .	166
3. Die Deutschnationalen nach den Septemberwahlen 1930 . . . . .	167
4. Die Deutschnationalen und das Scheitern des Präsidialregimes . . . . .	168
§ 14. Die <i>Parteien des „neuen Konservativismus“</i> . . . . .	169
I. Die Landvolk-Bewegung . . . . .	170
1. Der Landbund . . . . .	170
2. Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei . . . . .	171

## Inhaltsverzeichnis

II. Die Volkskonservative Bewegung . . . . .	171
1. Von der „Volkskonservativen Vereinigung“ zur „Konservativen Volkspartei“. . . . .	171
2. Das Scheitern der volkskonservativen Bewegung. . . . .	173
III. Die Christlich-Soziale Bewegung. . . . .	174
1. Die Erneuerung der christlich-sozialen Gemeinschaften. . . . .	174
2. Der „Christlich-Soziale Volksdienst“ 1929-1933. . . . .	175
<b>Kapitel VII. Die Parteien der bürgerlichen Mitte und Linken</b>	<b>177</b>
§ 15. <i>Die Deutsche Volkspartei.</i> . . . . .	177
I. Führung und Programm der Deutschen Volkspartei. . . . .	178
1. Der Partei- und Fraktionsvorsitz. . . . .	178
2. Das Parteiprogramm von 1919. . . . .	179
II. Die Deutsche Volkspartei zwischen Opposition und Koalition 1920-1928	180
1. Die DVP im ersten Reichstag. . . . .	180
2. Die DVP im zweiten und dritten Reichstag. . . . .	182
III. Die Deutsche Volkspartei in der „Großen Koalition“ und unter dem Präsi- dialregime 1928-1933. . . . .	183
1. Die DVP im vierten Reichstag. . . . .	183
2. Die DVP in der Ära Brüning. . . . .	184
3. Die DVP in der Ära Papen und Schleicher. . . . .	185
§ 16. <i>Die kleineren bürgerlichen Mittelparteien.</i> . . . . .	186
I. Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) . . . . .	187
1. Entstehung, Führung und Programm der Wirtschaftspartei. . . . .	187
2. Die Entwicklung der Wirtschaftspartei 1920-1930. . . . .	188
3. Krise und Zerfall der Wirtschaftspartei 1930-1933. . . . .	189
II. Die Deutsch-Hannoversche Partei. . . . .	190
III. Der Bayerische Bauernbund und die Deutsche Bauernpartei. . . . .	191
IV. Die Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung („Volksrecht-Partei“) .	193
§17. <i>Die Parteien der katholischen Mitte.</i> . . . . .	194
I. Die Deutsche Zentrumspartei. . . . .	196
1. Die Zentrumsführung. . . . .	196
2. Das Zentrumsprogramm. . . . .	197
3. Die ersten Spannungen in der Zentrumspartei. . . . .	198
4. Das Zentrum im ersten Reichstag. . . . .	199
5. Das Zentrum im zweiten und dritten Reichstag. . . . .	201
6. Das Zentrum im vierten und fünften Reichstag. . . . .	202
7. Der Kampf des Zentrums gegen das Präsidialregime Papen und Schleicher. . . . .	203



## Inhaltsverzeichnis

II. Die Bayerische Volkspartei . . . . .	205
1. Parteiführung und Parteiprogramm . . . . .	205
2. Die Bayerische Volkspartei 1920-1924. . . . .	206
3. Die Bayerische Volkspartei 1924-1930. . . . .	207
4. Die Bayerische Volkspartei und das Präsidialregime. . . . .	208
§ 18. <i>Die Deutsche Demokratische Partei (seit 1930: „Deutsche Staatspartei“)</i> . . . . .	209
I. Die Deutsche Demokratische Partei . . . . .	210
1. Parteiführung und Parteiprogramm . . . . .	210
2. Die DDP im ersten Reichstag . . . . .	212
3. Die DDP im zweiten und dritten Reichstag . . . . .	213
4. Die inneren Parteikämpfe der DDP 1925-1927. . . . .	215
5. Die DDP im vierten Reichstag . . . . .	218
II. Die Deutsche Staatspartei . . . . .	219
1. Der Weg des demokratischen Liberalismus zur „Deutschen Staatspartei“ . . . . .	219
2. Die Gründung der „Deutschen Staatspartei“. . . . .	221
3. Das Programm der „Deutschen Staatspartei“. . . . .	223
4. Wahlniederlage und Spaltung der „Deutschen Staatspartei“. . . . .	224
5. Die „Deutsche Staatspartei“ und das Präsidialregime 1930-1933 . . . . .	225
Kapitel VIII. Die Deutsche Sozialdemokratie . . . . .	227
§ 19. <i>Die sozialdemokratischen Parteien 1919-1924.</i> . . . . .	229
I. Die Mehrheitssozialisten 1919-1922. . . . .	229
1. Führung und Kurs der SPD. . . . .	229
2. Die SPD im ersten Reichstag. . . . .	230
3. Das Görlitzer Programm (1921). . . . .	232
II. Die Unabhängigen Sozialisten 1919-1922. . . . .	232
1. Die USPD im ersten Reichstag . . . . .	232
2. Die Spaltung der USPD (12. Oktober 1920). . . . .	234
3. Die Entwicklung der USPD vom Herbst 1920 zum Herbst 1922 . . . . .	236
III. Die Wiedervereinigung der deutschen Sozialdemokratie. . . . .	237
1. Die Wiedervereinigungs-Parteitage von Augsburg, Gera und Nürnberg . . . . .	237
2. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands (VSPD) im ersten Reichstag 1922-1924. . . . .	238
§ 20. <i>Die sozialdemokratischen Parteien 1924-1933.</i> . . . . .	239
I. Die Vereinigte SPD im zweiten und dritten Reichstag . . . . .	239
1. Die SPD und die beiden Reichstagswahlen von 1924. . . . .	239
2. Das Heidelberger Programm (1925). . . . .	241
3. Die SPD in der Opposition . . . . .	242

## Inhaltsverzeichnis

II. Die rechten und die linken Abspaltungen von der SPD in den mittleren Weimarer Jahren . . . . .	242
1. Der Kampf der SPD-Linken: „Opposition statt Koalition“ . . . . .	242
2. Die Isolierung der SPD-Rechten: die „Altsozialistische Partei“ . . . . .	243
3. Die „Klassenkampf-Gruppe“. . . . .	245
III. Die SPD in der „Großen Koalition“ 1928-1930. . . . .	245
1. Die SPD nach den Maiwahlen 1928. . . . .	245
2. Das Ende der „Großen Koalition“. . . . .	246
IV. Die SPD in der Ära Brüning. . . . .	247
1. Die SPD nach den Septemberwahlen 1930. . . . .	247
2. Die „Klassenkampf-Gruppe“ im Widerstand gegen den Tolerierungskurs der Fraktionsmehrheit. . . . .	248
3. Die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). . . . .	250
V. Die SPD in der Endzeit der Weimarer Republik . . . . .	251
1. Die Fortsetzung der Tolerierungspolitik gegenüber Brüning 1931/32 . . . . .	251
2. Die SPD in der Opposition gegenüber dem Präsidialregime Papen- Schleicher. . . . .	252
 <b>Kapitel IX. Die revolutionären Parteien</b> . . . . .	 255
§ 21. Die äußerste Linke. . . . .	255
I. Der Kommunismus in der Weimarer Frühzeit . . . . .	257
1. Die Preisgabe des Programms der reinen „Umsturzpartei“. . . . .	257
2. Die Kommunisten im ersten Reichstag . . . . .	258
3. Der Sturz des Parteivorsitzenden Paul Levi und die Märzaktion 1921 . . . . .	258
4. Die „Offensiv-Theorie“ und die „Einheitsfront-Politik“ 1921-1923 . . . . .	259
II. Der Kommunismus in den mittleren Weimarer Jahren. . . . .	261
1. Die KPD in der Periode der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ . . . . .	261
2. Die KPD im zweiten und dritten Reichstag . . . . .	262
3. Die Gründung des „Roten Frontkämpferbundes“. . . . .	264
4. Die „Bolschewisierung“ der KPD (1925/26) und der Sturz der Fischer-Maslow-Führung . . . . .	265
5. Der „Konzentrationskurs“ der KPD unter der Thälmann-Führung . . . . .	267
III. Die KPD in der Zeit der „Großen Koalition“. . . . .	269
1. Die KPD im vierten Reichstag. . . . .	269
2. Der Kampf gegen die „rechte Opposition“ und die „Versöhnler“ . . . . .	269
3. Die KPD im Kampf gegen die „Große Koalition“. . . . .	271
IV. Die „KPD-Opposition“ (KPO). . . . .	272
1. Gründung und Entwicklung der KPO. . . . .	272
2. Der Zerfall der KPO. . . . .	273

## Inhaltsverzeichnis

V. Die KPD in der Zeit des Präsidentialregimes. . . . .	274
1. Die KPD im fünften Reichstag . . . . .	274
2. Der Gewerkschaftskampf der KPD. . . . .	275
3. Die KPD im Kampf gegen die Präsidentialkabinette Papen und Schleicher . . . . .	276
4. Die Führungskrise der KPD im September-Oktober 1932 . . . . .	277
5. Das kommunistische Kampfprogramm vom Oktober 1932 . . . . .	278
§ 22. Die äußerste Rechte. . . . .	279
I. Die rechtsradikalen Splitterparteien der Weimarer Frühzeit . . . . .	281
1. Die Deutschsoziale Partei (1921-1928) .. . . .	281
2. Die Deutschvölkische Freiheitspartei (1922-1933). . . . .	282
II. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 1919-1924. . . . .	285
1. Die Parteigründung. . . . .	285
2. Die NSDAP in der revolutionären Epoche. . . . .	286
III. Die nationalsozialistische Legalitätspolitik 1924-1928. . . . .	288
1. Die Mai- und die Dezemberwahlen 1924. . . . .	288
2. Die Wiederbegründung der NSDAP und die Durchsetzung des „Führerprinzips“. . . . .	288
3. Die Wiederbegründung und der Ausbau der SA. . . . .	289
4. Die organisatorische Festigung der NSDAP (1926-1927). . . . .	291
IV. Der Nationalsozialismus in der Zeit der „Großen Koalition“ 1928-1930. . . . .	292
1. Die Maiwahlen 1928. . . . .	292
2. Die nationalsozialistische Legalitäts-Strategie und die Erneuerung des Zusammenwirkens der „nationalen Opposition“. . . . .	292
3. Der Ausbau der Stellung der NSDAP in den Landtags- und Gemeindewahlen Ende 1929. . . . .	293
V. Die inneren Konflikte des Nationalsozialismus (1930). . . . .	294
1. Der Widerstand des „revolutionären Nationalsozialismus“ gegen den Legalitätskurs. . . . .	294
2. Walter Stennes und die Berliner SA-Revolte. . . . .	296
3. Otto Strasser und die „Schwarze Front“. . . . .	297
VI. Der Nationalsozialismus und das Präsidentialregime. . . . .	298
1. Die NSDAP, das Reichskabinett Brüning und die Septemberwahlen 1930. . . . .	298
2. Die NSDAP im Kampf gegen das Präsidentialkabinett Brüning . . . . .	300
3. Die NSDAP, das Präsidentialkabinett Papen und die Juliwahlen 1932 . . . . .	300
4. Die NSDAP, die Novemberwahlen 1932 und das Präsidentialkabinett Schleicher. . . . .	302

*C. Institutionen und Funktionen der Staatsgewalt* 305

Kapitel X. Die Träger der Reichsexekutive	307
§ 23. <i>Der Reichspräsident.</i>	307
I. Das Amt des Reichspräsidenten	307
1. Die Verbindung des plebiszitären und des parlamentarischen Moments in der Weimarer Regierungsgewalt	307
2. Der Reichspräsident als Verkörperung der republikanisch-demokratischen Legitimität	308
3. Der Reichspräsident als Repräsentant der Reichseinheit	309
II. Wahl, Amtsdauer und Stellvertretung des Reichspräsidenten	311
1. Das Interim des Art. 180 WRV.	311
2. Wahlverfahren, Amtsdauer und vorzeitiger Amtsverlust	313
3. Die Stellvertretung des Reichspräsidenten	315
III. Die Stellung des Reichspräsidenten	316
1. Amtseid und Amtspflichten	316
2. Die Neutralität des Amtes des Reichspräsidenten	316
3. Die Inkompatibilitätsnormen für das Amt des Reichspräsidenten	317
4. Die Gegenzeichnung der Akte des Reichspräsidenten	318
5. Das Büro des Reichspräsidenten	319
IV. Der Wandel des Reichspräsidentenamts in der Reichskrise	320
1. Der Reichspräsident als „Gegengewicht“ und als „Ersatzorgan“ im Regierungssystem	320
2. Der Reichspräsident im Wandel vom „pouvoir neutre“ zum aktiven Faktor der Regierungsmacht	322
§ 24. <i>Die Reichsregierung.</i>	323
I. Das Reichskabinett	323
1. Kanzlersystem und Kollegialsystem	323
2. Kanzlergewalt, Ressortgewalt und Kabinettsgewalt	324
3. Regierungsgewalt und Koalitionsgewalt	325
4. Regierungsgewalt und Präsidialgewalt	326
Übersicht über die Reichskabinette der Weimarer Zeit	328
II. Die Reichskabinette und das parlamentarische Regierungssystem	329
1. Regierungsverantwortung und Vertrauensvotum	329
2. Mehrheitskabinette und parlamentarisch tolerierte Minderheitskabinette	330
III. Der Regierungssturz	333
1. Der Regierungssturz durch Mißtrauensvotum	333
2. Die Frage der Verfassungswidrigkeit des destruktiven Mißtrauensakts	335

## Inhaltsverzeichnis

IV. Kampfkabinet und Präsidialkabinet . . . . .	336
1. Die Krise des parlamentarischen Systems und die Lehre vom präsidentalen „Kampfkabinet“ . . . . .	336
2. Das Präsidentskabinet - eine verfassungskonforme Notlösung bei permanenter Mehrheitsunfähigkeit des Parlaments? . . . . .	338
§ 25. Die zentralen Reichsbehörden . . . . .	340
I. Die Reichsministerien . . . . .	340
1. Die Stellung der Reichsminister . . . . .	340
2. Die Errichtung und Abgrenzung der Reichsministerien . . . . .	341
Übersicht über die Reichsministerien der Weimarer Zeit . . . . .	342
II. Die besonderen Zentralstellen innerhalb der Reichsregierung . . . . .	344
1. Die Reichskanzlei . . . . .	344
2. Die Presseabteilung der Reichsregierung . . . . .	345
3. Die Reichszentrale für Heimatdienst . . . . .	346
III. Die sonstigen Reichszentralbehörden . . . . .	348
<b>Kapitel XI. Die Träger der Reichslegislative</b> . . . . .	<b>349</b>
26. Der Reichstag . . . . .	349
I. Das Weimarer Wahlsystem . . . . .	350
1. Das Wahlverfahren . . . . .	350
2. Vorzüge und Nachteile der Verhältniswahl . . . . .	352
3. Die Wahlprüfung . . . . .	354
II. Die Amtszeit des Reichstags . . . . .	354
1. Legislaturperiode und vorzeitige Auflösung . . . . .	354
2. Die Grenzen des Auflösungsrechts . . . . .	355
3. Die Fälle der Auflösung des Reichstags . . . . .	356
III. Organisation und Zuständigkeiten des Reichstags . . . . .	357
1. Die Geschäftsordnung . . . . .	357
2. Das Reichstagspräsidium . . . . .	358
3. Die Reichstagsfraktionen . . . . .	358
4. Der Ältestenrat . . . . .	359
5. Die Reichstagsausschüsse . . . . .	359
6. Übersicht über die Zuständigkeiten des Reichstags . . . . .	360
IV. Das Plenum des Reichstags . . . . .	361
1. Die Reichstagsitzungen . . . . .	361
2. Die parlamentarische Disziplin . . . . .	362
V. Der Schutz des Reichstags . . . . .	363
1. Das Hausrecht des Reichstags . . . . .	363
2. Der Schutz des Reichstags gegen Angriffe von außen . . . . .	364

## Inhaltsverzeichnis

VI. Die Stellung der Abgeordneten . . . . .	365
1. Das freie Mandat im Parteienstaat . . . . .	365
2. Abgeordnetendiäten und parlamentarische Unabhängigkeit . . . . .	367
VII. Parlamentarische Inkompatibilitäten . . . . .	368
1. Reichstagsmandat und Beamtenstellung . . . . .	368
2. Reichstagsmandat und Zugehörigkeit zum Reichsrat und zum Reichswirtschaftsrat . . . . .	369
3. Reichstagsmandat und Wehrdienst . . . . .	369
4. Fälle der Unvereinbarkeit von parlamentarischem Mandat und zivilen Stellungen . . . . .	370
VIII. Abgeordnetenmandat und Gerichtsgewalt . . . . .	371
1. Die Immunität der Abgeordneten . . . . .	371
2. Die Grenzen des gerichtlichen Zeugniszwangs, des Durchsuchungsrechts und des Beschlagnahmerechts gegenüber Abgeordneten . . . . .	373
27. <i>Der Reichsrat</i> . . . . .	373
I. Die Repräsentation des föderativen Elements im unitarischen Bundesstaat . . . . .	374
1. Volkssouveränität, Bundesstaatsprinzip und Repräsentativdemokratie . . . . .	374
2. Föderative Gewaltenteilung und demokratischer Parteienstaat . . . . .	375
3. Die Verminderung der Verfassungsmacht des föderativen Reichsorgans . . . . .	376
II. Die Zusammensetzung des Reichsrats . . . . .	377
1. Mitgliedschaft und Vertretungsmacht im Reichsrat . . . . .	377
2. Die Reichsratsbevollmächtigten der Länder und der preußischen Provinzen . . . . .	378
A. Übersicht über die stimmführenden Stellvertretenden Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat . . . . .	380
B. Übersicht über die preußischen Provinzialvertreter im Reichsrat . . . . .	381
III. Die Zuständigkeiten des Reichsrats . . . . .	383
1. Der Reichsrat und die Reichsgesetzgebung . . . . .	383
2. Der Reichsrat und die Reichsexekutive . . . . .	384
3. Der Reichsrat und das Reichsnotrecht . . . . .	385
IV. Die innere Verfassung des Reichsrats . . . . .	385
1. Die Autonomie des Reichsrats und ihre Grenzen . . . . .	385
2. Die Instruktionsgebundenheit der Reichsratsbevollmächtigten der Länder . . . . .	386
3. Das freie Mandat der preußischen Provinzialvertreter im Reichsrat . . . . .	387
4. Die Versuche zur Bindung der preußischen Provinzialstimmen an die Regierungsstimmen . . . . .	388

## Inhaltsverzeichnis

§ 28. <i>Der Reichswirtschaftsrat</i> . . . . .	390
I. Die Problematik der „Repräsentation organisierter Interessen“ . . . . .	390
1. Berufsständischer Korporativismus oder Räteystem? . . . . .	390
2. Der Weimarer Kompromiß von Parteienstaat und Verbändestaat . . . . .	392
II. Der Aufbau des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats . . . . .	393
1. Gewerkschaftsprinzip oder Räteprinzip? . . . . .	393
2. Vom Betriebsrätegesetz zum Vorläufigen Reichswirtschaftsrat . . . . .	394
3. Die Verordnung über den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat . . . . .	395
III. Die Stellung des Reichswirtschaftsrats . . . . .	396
1. Die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrats . . . . .	396
2. Die Autonomie des Reichswirtschaftsrats . . . . .	398
3. Die Zuständigkeiten des Reichswirtschaftsrats . . . . .	399
4. Ohnmacht und Ende des Reichswirtschaftsrats . . . . .	401
<b>Kapitel XII. Die Hauptformen der Rechtsetzung</b> . . . . .	<b>403</b>
§ 29. <i>Die ordentliche Reichsgesetzgebung</i> . . . . .	403
I. Wandlungen des Gesetzesbegriffs . . . . .	404
1. Die Auflösung des rechtsstaatlichen Gesetzesbegriffs . . . . .	404
2. Das Kriterium des materiellen Gesetzes . . . . .	404
3. „Rechtswert“ und Gesetz . . . . .	406
II. Gesetzgebungszuständigkeit, Gesetzgebungsverfahren und Gesetzesvollzug . . . . .	409
1. Reichs- und Landesgesetz . . . . .	409
2. Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren . . . . .	411
3. Der Vollzug der Reichsgesetze . . . . .	412
III. Formelle Gesetze, Einzelfall-Gesetze und Maßnahme-Gesetze . . . . .	413
1. Die Ausweitung der nur formellen Gesetzgebung . . . . .	413
2. Die Einzelfall-Gesetze . . . . .	414
3. Die Maßnahme-Rechtsetzung in der Weimarer Zeit . . . . .	416
§ 30. <i>Die verfassungsändernde Reichsgesetzgebung</i> . . . . .	418
I. Die Formen der Verfassungsänderung . . . . .	419
1. Das verfassungsändernde Reichsgesetz . . . . .	419
2. Verfassungsänderung und Verfassungsvernichtung . . . . .	419
II. Verfassungsänderung und Verfassungsdurchbrechung . . . . .	421
1. Begriff und Formen der Verfassungsdurchbrechung . . . . .	421
2. Die Fälle der Verfassungsdurchbrechenden Gesetzgebung . . . . .	422
3. Die Kritik am verfassungsdurchbrechenden Reichsgesetz . . . . .	424

## Inhaltsverzeichnis

III. Verfassungsänderung durch Verfassungswandel . . . . .	427
1. Der Begriff des Verfassungswandels. . . . .	427
2. Die Problematik der Lehre vom Verfassungswandel. . . . .	428
31. Die Volksgesetzgebung. . . . .	429
I. Volksgesetzgebung und plebiszitäre Demokratie. . . . .	430
1. Das Volksgesetz — ein Kampfmittel der politischen Opposition . . . .	430
2. Das Rangverhältnis von Volksgesetz und Parlamentsgesetz. . . . .	431
II. Die Volksabstimmung in der Weimarer Staatspraxis. . . . .	432
1. Das Verfahren der Volksgesetzgebung . . . . .	432
2. Die Fälle der Weimarer Volksabstimmungen. . . . .	433
32. Die gesetzvertretenden Verordnungen. . . . .	434
I. Die Arten gesetzvertretender Verordnungen. . . . .	435
1. Klassische Notverordnungen, Vollmacht-Verordnungen und Diktatur-Verordnungen. . . . .	435
2. „Vereinfachte Gesetzgebung“ und „Maßnahme-Verordnungen“ . . . .	436
II. Die Ermächtigungsgesetze. . . . .	437
1. Die Fortgeltung der „Alt-Ermächtigungen“ der konstitutionellen Epoche unter der Weimarer Reichsverfassung . .	437
2. Die Fortgeltung der drei-Ermächtigungsgesetze der Nationalversammlung von 1919. . . . .	438
3. Die fünf Ermächtigungsgesetze der Jahre 1920-1923. . . . .	439
4. Erlaß und Kontrolle der Vollmacht-Verordnungen. . . . .	440
5. Die Behandlung parlamentarischer Aufhebungsbeschlüsse gegen Vollmacht-Verordnungen der Reichsregierung. . . . .	441
6. Die Bedeutung der Vollmacht-Verordnungen mit Dauergeltung. . . . .	442
III. Die Diktaturverordnungen des Reichspräsidenten. . . . .	444
1. Die Verordnungsgewalt des Art. 48 Abs. 2 WRV. . . . .	444
2. Die Arten der gesetzvertretenden Diktaturverordnungen. . . . .	445
IV. Die echten Notverordnungen im Weimarer Staatsrecht . . . . .	447
1. Die Bemühungen um eine Reichs-Notverordnungs-Kompetenz . . . .	447
2. Die Reichsermächtigungsgesetze über die vorläufige Anwendung von Wirtschaftsabkommen (1926-1927). . . . .	448
3. Die Notverordnungs-Kompetenz der Länder. . . . .	449



## Inhaltsverzeichnis

Kapitel XIII. Die Hauptgebiete der Reichsverwaltung	451
§ 33. Die Auswärtige Gewalt	451
I. Reichsgewalt und Landesgewalt auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten	452
II. Die Organe der Auswärtigen Gewalt	453
1. Reichspräsident und Reichsregierung als gemeinsame Träger der Auswärtigen Gewalt	453
2. Das Ringen um die Abgrenzung der Zuständigkeiten beim Abschluß des Rapallo-Vertrags	455
3. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten für auswärtige Angelegenheiten in den Geschäftsordnungen des Reichskabinetts	456
III. Das Auswärtige Amt und die Auslandsvertretungen des Reichs	457
1. Die Leitung des Auswärtigen Amts	457
2. Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts	459
3. Die großen Botschaften des Reichs	460
IV. Parlamentsgewalt und Auswärtige Gewalt	462
1. Kriegserklärung und Friedensschluß	463
2. Bündnisverträge und Staatsverträge mit Gesetzesinhalt	464
3. Die Kontrollrechte des Reichstags im Bereich der Auswärtigen Gewalt	467
V. Völkerrechtliche Beschränkungen der Reichsgewalt	468
1. Die „allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts“ als Bestandteile des Reichsrechts	468
2. Der Versailler Friedensvertrag und die Reichsverfassung	470
3. Der Versailler Friedensvertrag und die deutsche Souveränität	471
4. Die Beschränkung der internationalen Gleichberechtigung Deutschlands durch die Entscheidungsmacht alliierter Organe	472
§ 34. Die Innere Verwaltung	475
I. Die Reichsbehörden der Inneren Verwaltung	476
1. Das Reichsministerium des Innern	476
2. Die Gliederung des Reichsinnenministeriums	478
3. Die angegliederten und die nachgeordneten Zentralstellen	479
II. Reichs- und Landes Verwaltung	480
1. Die Reichsgewalt und die Landesbehörden der Inneren Verwaltung	480
2. Die reichseigene Verwaltung	481
III. Die Formen der Landesverwaltung	482
1. Die Reichsauftragsverwaltung	482
2. Die landeseigene Verwaltung	483
IV. Das Reich und die gemeindliche Selbstverwaltung	484
1. Die Reichsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung	484
2. Gemeindliche Selbstverwaltung und Staatsaufsicht	485
3. Staatskommissare in der Gemeindeverwaltung	486

## Inhaltsverzeichnis

§ 35. <i>Finanzverfassung und Finanzverwaltung</i> . . . . .	486
I. Die Reichsfinanzhoheit . . . . .	487
1. Die Unitarisierung des Finanzwesens. . . . .	487
2. Das Reichsfinanzministerium . . . . .	488
3. Die Reichsfinanzverwaltung. . . . .	490
4. Die Reichsfinanzgerichtsbarkeit . . . . .	493
II. Das Reichsabgabensystem . . . . .	494
1. Objekthoheit und Ertragshoheit . . . . .	494
2. Der Finanzausgleich . . . . .	496
3. Das Verteilungssystem . . . . .	496
4. Die Sonderanteile der süddeutschen Länder an der Biersteuer und an der Branntweinmonopolabgabe. . . . .	498
III. Das Reichshaushaltswesen . . . . .	499
1. Reichshaushaltsplan und Reichshaushaltsgesetz . . . . .	499
2. Grenzen der Budgetgewalt des Parlaments. . . . .	500
3. Haushaltsüberschreitung und Haushaltsverzögerung . . . . .	502
4. Haushaltskonflikt und Haushaltsnotstand. . . . .	503
IV. Reichsschuldenverwaltung und Reichskreditkontrolle. . . . .	504
1. Die Reichsschulden Verwaltung . . . . .	504
2. Die Kontrolle der Kreditaufnahme und der Garantietübernahme . . . . .	505
V. Reichsrechnungshof, Haushaltskontrolle und Reichssparkommissar . . . . .	506
1. Der Rechnungshof des Deutschen Reichs. . . . .	506
2. Die Rechnungsprüfung . . . . .	507
3. Der Reichssparkommissar. . . . .	508
§ 36. <i>Der öffentliche Dienst</i> . . . . .	508
I. Die Reichsverfassung und das Berufsbeamtentum. . . . .	510
1. Das Berufsbeamtentum in der parlamentarischen Demokratie . . . . .	510
2. Die Verfassungsgarantien der Art. 128-131 WRV. . . . .	511
II. Verfassungstreupflicht und Gesinnungsfreiheit der Beamtenschaft . . . . .	512
1. Verfassungstreupflicht und Verfassungseid. . . . .	512
2. Gesinnungsfreiheit und Verfassungseid. . . . .	514
3. Die Verfassungstreupflicht der Beamten - ein Rechtsgrundsatz des überpositiven Rechts. . . . .	517
III. Verfassungstreupflicht und politische Neutralität der Beamtenschaft . . . . .	518
1. Die Institution der „politischen Beamten“. . . . .	518
2. Die Verdrängung des Fachbeamtentums durch politische „Außenseiter“. . . . .	520
3. Die Zugehörigkeit von Beamten zu verfassungsfeindlichen Parteien . . . . .	521
IV. Das Koalitionsrecht der Beamtenschaft. . . . .	523
1. Die Beamtenverbände . . . . .	523
2. Streikrecht und Beamtentum. . . . .	524

## Inhaltsverzeichnis

<b>Kapitel XIV. Die Gerichtsbarkeit</b>	<b>525</b>
§37. <i>Die Reichsjustizverfassung und die institutionelle Garantie der Gerichtsbarkeit.</i>	525
I. Reichs- und Landesjustizhoheit	526
1. Das Reichsjustizministerium.	526
2. Die ordentliche Gerichtsbarkeit des Reichs und der Länder.	528
II. Die institutionelle Garantie der Gerichtsverfassung	529
1. Die Unabhängigkeit der Gerichte und die Bindung an das Gesetz	530
2. Das Verbot der Entziehung des „gesetzlichen Richters“.	532
3. Das Verbot der Ausnahmegerichte.	534
4. Das Verbot des rückwirkenden Strafgesetzes.	535
III. Die Freistellung von der Strafgewalt im rechtsstaatlichen System	536
1. Die Exemption.	537
2. Die Immunität	537
3. Die Begnadigung	538
4. Die Abolition.	539
5. Die Straffreiheitsgesetze: Amnestie und generelle Abolition.	540
§ 38. <i>Die Verfassungsgerichtsbarkeit.</i>	541
I. Die Staatsgerichtsbarkeit im Weimarer Verfassungssystem.	542
1. Die Justiziabilität von Verfassungstreitfällen.	542
2. Die Verfassungsgerichtsbarkeit — ein Verfahren echter Rechtsprechung	544
II. Die deutschen Staatsgerichtshöfe.	546
1. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.	546
2. Der Reichsstaatsgerichtshof als Organ der Landesverfassungsgerichtsbarkeit	548
3. Die Länder mit eigenen Staatsgerichtshöfen.	548
III. Der Aufgabenbereich der Staatsgerichtsbarkeit	549
1. Rechtsstreitigkeiten zwischen Reich und Land.	549
2. Rechtsstreitigkeiten zwischen Ländern.	550
3. Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes.	551
4. Das Ministeranklageverfahren.	553
IV. Die Entscheidungen des Reichsstaatsgerichtshofs.	554
1. Einstweilige Anordnungen in der Staatsgerichtsbarkeit	555
2. Die Urteile des Reichsstaatsgerichtshofs.	556
3. Die Urteilsvollstreckung.	557
V. Verfassungsrechtliche Verfahren außerhalb der Verfassungsgerichtsbarkeit	558
1. Die Wahlprüfungsstreitigkeiten in den Ländern.	558
2. Das Verfahren der Verfassungsbeschwerde in Bayern.	559

## Inhaltsverzeichnis

§ 39. <i>Das richterliche Prüfungsrecht.</i> . . . . .	560
I. Arten der gerichtlichen Normenkontrolle. . . . .	560
II. Die abstrakte Normenkontrolle. . . . .	562
1. Das Verfahren zur Prüfung der Reichsverfassungsmäßigkeit des Landesrechts (Art. 13 Abs. 2 WRV). . . . .	562
2. Die Bemühungen um ein Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Reichsgesetze. . . . .	563
III. Die inzidente gerichtliche Normenkontrolle. . . . .	564
1. Formelle und materielle richterliche Inzidentkontrolle. . . . .	564
2. Die staatsrechtliche Kontroverse um das richterliche Prüfungsrecht .	566
§ 40. <i>Der Ausbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit.</i> . . . . .	567
I. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reichs. . . . .	568
1. Das Scheitern der Bemühungen um ein Reichsverwaltungsgericht . .	568
2. Die besonderen Verwaltungsgerichte des Reichs. . . . .	570
a) Reine Reichsverwaltungsgerichte. . . . .	570
b) Reichsbehörden mit verwaltungsgerichtlicher Zuständigkeit . . .	570
II. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit der Länder. . . . .	571
1. Die Kompetenz zur Regelung der Verwaltungsrechtspflege der Länder. . . . .	571
2. Die Entwicklung und Organisation der Landesverwaltungsgerichte . .	572
3. Die Zuständigkeit der Landes Verwaltungsgerichte - Generalklausel oder Enumerativprinzip?. . . . .	574
III. Die Verweisung öffentlich-rechtlicher Streitigkeiten an die ordentlichen Gerichte. . . . .	576
IV. Die Disziplinargerichtsbarkeit der Länder. . . . .	576
<b>Kapitel XV. Die Wehrverfassung</b> . . . . .	<b>578</b>
§ 41. <i>Die vorläufige Reichswehr.</i> . . . . .	579
I. Die vorkonstitutionelle Wehrgesetzgebung . . . . .	579
1. Die Vorgegebenheiten der neuen Wehrverfassung . . . . .	579
2. Das Wehrrecht der Übergangsgesetze vom Februar und März 1919. . . . .	580
3. Das Gesetz über die vorläufige Reichswehr (6. März 1919). . . . .	581
II. Die Aufstellung der vorläufigen Reichswehr. . . . .	582
1. Die obersten Militärbehörden von März bis September 1919 . . . . .	582
2. Die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100000 Mann. . . . .	584
3. Die Gliederung des Reichsheeres. . . . .	585
III. Freikorps, Freiwilligenverbände und Einwohnerwehren. . . . .	586
1. Die Freikorps. . . . .	586
2. Die Zeitfreiwilligen . . . . .	587
3. Die Einwohnerwehren. . . . .	588

## Inhaltsverzeichnis

§ 42. <i>Das Wehrrecht der Reichsverfassung.</i> . . . . .	592
I. Wehrinheit, Befehlsmacht und landsmannschaftliche Klausel. . . . .	592
1. Die Zuständigkeit für die Reichsverteidigung . . . . .	592
2. Die Zuständigkeiten für die Befehlsgewalt . . . . .	593
3. Die Einheit der Wehrverfassung und die „landsmannschaftliche Klausel“. . . . .	595
II. Der Übergang vom Volksheer zum Berufsheer. . . . .	597
1. Der Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht und die Einführung des freiwilligen Wehrdienstes . . . . .	597
2. Fahneneid und Verfassungseid . . . . .	598
3. Militärstrafrecht und Militärgerichtsbarkeit . . . . .	600
4. Militärseelsorge und Militärkirchenwesen. . . . .	600
III. Die Vorbereitung und Verabschiedung des Wehrgesetzes vom 23. März 1921. . . . .	601
1. Die Entwicklung der vorläufigen Reichswehr 1919-1921. . . . .	601
2. Die parlamentarischen Verhandlungen über das Wehrgesetz . . . . .	602
IV. Die Grundentscheidungen des Wehrgesetzes. . . . .	604
1. Berufswehrmacht und Heeresstärke. . . . .	604
2. Die Entscheidung des Reichspräsidenten über die Reichskriegsflagge . . . . .	605
3. Die Landeskommandanten und das „landsmannschaftliche Prinzip“ . . . . .	605
4. Der Einsatz der Reichswehr im Reichsinnern. . . . .	606
5. Die Sicherung der parteipolitischen Neutralität der Wehrmacht . . . . .	607
6. Der Umbau der Soldatenräte in Heereskammer und Marinekammer . . . . .	608
§ 43. <i>Führung und Gliederung der Reichswehr.</i> . . . . .	610
I. Der Oberbefehl über die Wehrmacht . . . . .	610
1. Der Reichspräsident als „Oberster Befehlshaber“. . . . .	610
2. Die Stellung des Reichswehrministers. . . . .	612
3. Die parlamentarische Kontrolle des Oberbefehls. . . . .	613
II. Die Organisation des Reichswehrministeriums. . . . .	614
1. Das Problem des „Staatssekretärs“ im Reichswehrministerium . . . . .	614
2. Adjutantur, Politisches Referat, Wehrmachtsabteilung und Ministeramt . . . . .	617
III. Das Reichsheer. . . . .	619
1. Der Chef der Heeresleitung . . . . .	619
2. Das Truppenamt . . . . .	621
3. Die Gliederung des Reichsheeres. . . . .	622
IV. Die Reichsmarine. . . . .	623
1. Der Chef der Marineleitung . . . . .	623
2. Das Flottenkommando und der Wiederaufbau der Flotte. . . . .	624
3. Die Marinestationen der Nordsee und der Ostsee. . . . .	625

## Inhaltsverzeichnis

§ 44. <i>Der staatspolitische Standort der Reichswehr.</i> . . . . .	626
I. Reichswehr und Staat . . . . .	627
1. Die Maxime „Die Reichswehr dient dem Staat“. . . . .	627
2. Die Maxime „Dienst am Staat in seiner permanenten Identität“ . . . .	629
II. Reichswehr und Republik . . . . .	630
1. Staatstreue und Verfassungstreue. . . . .	630
2. Die Berufspflichten des Soldaten und der soldatische Treueid . . . .	631
III. Die Reichswehr in den Weimarer Staatskrisen . . . . .	632
1. Die Reichswehr in der Märzkrise 1920 und in der Herbstkrise 1923 .	632
2. Die Reichswehr in den Krisen der Endjahre der Republik . . . . .	635
<b>Kapitel XVI. Der Schutz der Reichsverfassung</b> . . . . .	<b>637</b>
§ 45. <i>Die Reichsaufsicht.</i> . . . . .	637
I. Reichsaufsicht und Verfassungsschutz . . . . .	638
1. Die Bundestreue als Grundlage der bundessaatlichen Reichsaufsicht .	638
2. Die Reichsaufsicht als Mittel zur Wahrung der Reichspflichten der Länder. . . . .	639
II. Die selbständige Reichsaufsicht . . . . .	640
1. Friedenspflicht, Einordnungspflicht und Sicherungspflicht der Länder. . . . .	640
2. Der Maßstab und die Mittel der selbständigen Reichsaufsicht . . . .	642
III. Die abhängige Reichsaufsicht . . . . .	643
1. Die Gesetzesvollzugspflicht und die abhängige Reichsaufsicht . . . .	643
2. Die Mittel der abhängigen Reichsaufsicht . . . . .	644
IV. Die „unmittelbare Reichsaufsicht“. . . . .	645
1. Die Praxis der unmittelbaren Reichsaufsicht . . . . .	645
2. Die Problematik der unmittelbaren Reichsaufsicht . . . . .	646
§ 46. <i>Der polizeiliche und der strafrechtliche Verfassungsschutz</i> . . . . .	647
I. Der polizeiliche Verfassungsschutz . . . . .	648
1. Reichs- und Landeszuständigkeiten für den polizeilichen Verfassungsschutz . . . . .	648
2. Die nachrichtendienstliche Überwachung verfassungsförderlicher Bestrebungen im Reich und in Preußen . . . .	649
3. Exekutive Maßnahmen des polizeilichen Verfassungsschutzes . . . .	651
II. Der strafrechtliche Verfassungsschutz . . . . .	653
1. Das Reichsstrafgesetzbuch und der Schutz der Verfassung. . . . .	653
2. Die Strafverfolgung des Hochverrats. . . . .	654
3. Staatsschutzprozesse der Weimarer Zeit . . . . .	655
4. Die Ausweitung des Tatbestands der „Vorbereitung zum Hochverrat“ in der Weimarer Rechtsprechung . . . . .	658

## Inhaltsverzeichnis

§ 47. Die Gesetze zum Schütze der Republik . . . . .	659
I. Die Republikenschutzgesetzgebung von 1921/1922 . . . . .	660
1. Die Republikenschutzverordnungen von 1921 und 1922 . . . . .	660
2. Der bayerische Protest . . . . .	661
3. Die Verabschiedung des Gesetzes zum Schütze der Republik (21. Juli 1922). . . . .	662
4. Das Republikenschutzgesetz und seine Nebengesetze . . . . .	664
II. Der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern um das Republikenschutzgesetz . . . . .	665
1. Die bayerischen Einwendungen gegen das Republikenschutzgesetz . . . . .	665
2. Die Sistierung des Vollzugs des Republikenschutzgesetzes in Bayern . . . . .	666
3. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Reich und Bayern . . . . .	668
4. Das Berliner Protokoll vom 11. August 1922. . . . .	669
III. Der Staatsgerichtshof zum Schütze der Republik. . . . .	671
1. Die Organisation des Staatsgerichtshofs. . . . .	671
2. Die Besetzung des Staatsgerichtshofs . . . . .	672
3. Die Anklagebehörde beim Staatsgerichtshof . . . . .	674
IV. Die Strafrechtsmaßnahmen des Ersten Republikenschutzgesetzes . . . . .	674
1. Die verschärften Strafandrohungen. . . . .	674
2. Die strafrechtlichen Zuständigkeiten des Staatsgerichtshofs zum Schütze der Republik . . . . .	675
V. Die Verwaltungsmaßnahmen des Ersten Republikenschutzgesetzes . . . . .	677
1. Die Vereinigungs- und Versammlungsverbote . . . . .	677
2. Die Rechtspraxis der Vereinigungsverbote . . . . .	679
3. Die Presseingriffe nach dem Republikenschutzgesetz . . . . .	681
4. Die Maßnahmen gegen Mitglieder vormals landesherrlicher Familien . . . . .	682
VI. Das Zweite Republikenschutzgesetz . . . . .	683
1. Das Ende des Republikenschutzgesetzes von 1922 . . . . .	683
2. Die Verabschiedung des Zweiten Republikenschutzgesetzes. . . . .	684
3. Der Inhalt des Zweiten Republikenschutzgesetzes. . . . .	685
4. Die Problematik des Zweiten Republikenschutzgesetzes. . . . .	686
§ 48. Die Diktaturgewalt im Verfassungsstaat. . . . .	687
I. Das Wesen der notstandsrechtlichen Diktaturgewalt . . . . .	688
1. Ausnahmezustand und Diktaturgewalt . . . . .	688
2. Staatsnotrecht und Diktaturgewalt . . . . .	689
3. Kommissarische oder souveräne Diktatur?. . . . .	691
4. Diktaturgewalt und Verfassungsdurchbrechung . . . . .	693
5. Das Fehlen des Ausführungsgesetzes über die Diktaturgewalt . . . . .	694
II. Die Zuständigkeit zur Ausübung der Diktaturgewalt . . . . .	695
1. Die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten. . . . .	695
2. Die Diktaturgewalt der Landesregierungen. . . . .	696
3. Die Reichsverfassungswidrigkeit einer eigenständigen Landesdiktatur . . . . .	698

## Inhaltsverzeichnis

III. Das Schutzobjekt der notstandsrechtlichen Diktaturgewalt . . . . .	699
1. Der Schutz der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ im Notstandsfall . . . . .	699
2. Der Wirtschaftsnotstand . . . . .	700
3. „Verfassungsstörung“ und „Verfassungsnotstand“. . . . .	702
§ 49. Mittel, Schranken und Kontrolle der Diktaturgewalt . . . . .	705
I. Diktaturgewalt und Gewaltenteilung . . . . .	705
1. Diktaturmaßnahmen und gesetzvertretende Diktaturverordnungen . . . . .	705
2. Diktatureingriffe in das verfassungsmäßige Organisationssystem . . . . .	706
3. Diktatureingriffe in die Zuständigkeitsverteilung zwischen Reich und Ländern . . . . .	707
4. Die Übertragung von Landeszuständigkeiten an Reichskommissare . . . . .	708
5. Die Problematik der Lehre von der Zulässigkeit der diktaturrechtlichen „Zuständigkeitsverschiebung“. . . . .	709
II. Diktaturgewalt und formeller Gesetzesvorbehalt . . . . .	711
1. Diktatureingriffe in den Bereich der auswärtigen Gewalt . . . . .	711
2. Diktatureingriffe in den Bereich der Finanzgewalt, insbesondere die Lehre vom „Haushaltsnotstand“. . . . .	711
III. Diktaturgewalt und Grundrechtsbereich . . . . .	715
1. Diktatureingriffe in die sieben suspendierbaren Grundrechte . . . . .	715
2. Diktatureingriffe in die „diktaturfesten“ Grundrechte. . . . .	716
3. Diktatureingriffe in das Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsrecht . . . . .	718
IV. Die diktaturrechtliche Vollzugs- und Strafgewalt . . . . .	719
1. Das Einschreiten mit unmittelbarem Zwang, insbesondere mit Waffengewalt . . . . .	719
2. Das Notstands-Strafrecht und die Notstands-Strafgerichte. . . . .	720
V. Die parlamentarische Kontrolle der Diktaturgewalt . . . . .	721
1. Die allgemeine Kontrollgewalt des Reichstags. . . . .	721
2. Das Außerkraftsetzungsverlangen gegenüber Diktaturmaßnahmen . . . . .	721
3. Die Praxis des parlamentarischen Außerkraftsetzungsvotums . . . . .	722
4. Die Aufhebung von Diktaturmaßnahmen durch Reichsgesetz . . . . .	726
VI. Die gerichtliche Kontrolle der Diktaturgewalt . . . . .	727
1. Diktaturgewalt und Verfassungsgerichtsbarkeit . . . . .	727
2. Diktaturgewalt und richterliche Normenkontrolle. . . . .	728
VII. Die Kernfrage der Kontrolle der Diktaturgewalt . . . . .	729
§ 50. Die Reichsexekution . . . . .	731
I. Das Wesen der Reichsexekution . . . . .	731
1. Entscheidungsrecht und Kontrollrecht bei der Reichsexekution . . . . .	731
2. Reichsexekution und Verfassungsgerichtsbarkeit . . . . .	732



## Inhaltsverzeichnis

II. Voraussetzungen und Mittel der Reichsexekution . . . . .	733
1. Die Nichterfüllung einer „Reichspflicht“ des Landes. . . . .	733
2. Objektive oder schuldhafte Pflichtverletzung?. . . . .	735
3. Die Mittel der Reichsexekution. . . . .	737
4. Die Kumulation von Reichsexekution und Diktaturgewalt . . . . .	738
III. Parlamentarische und gerichtliche Kontrolle	
im Verfahren der Reichsexekution . . . . .	739
1. Das Kontrollrecht des Reichstags. . . . .	739
2. Der Rechtsschutz im Verfahren der Reichsexekution. . . . .	740
IV. Die vier Fälle der Reichsexekution . . . . .	741
1. Die Reichsexekution in Thüringen (1920). . . . .	741
2. Die Reichsexekution in Gotha (1920). . . . .	742
3. Die Reichsexekution in Sachsen (1923). . . . .	742
4. Die Reichsexekution in Preußen (1932). . . . .	743
<b>Kapitel XVII. Die Länder und die Landesverfassungen</b> . . . . .	<b>744</b>
§ 51. <i>Der Freistaat Preußen.</i> . . . . .	744
I. Die Verfassung vom 30. November 1920. . . . .	745
1. Staatsorgane und Staatsfunktionen. . . . .	745
2. Das Notverordnungsrecht und die Diktaturgewalt des Staatsministeriums. . . . .	747
II. Landesregierung und Landtag 1919-1928. . . . .	748
1. Vom Kabinett Hirsch zum ersten Kabinett Braun (1919-21) . . . . .	748
2. Die Wahlen vom 20. Februar 1921 und das Kabinett Stegerwald . . . . .	749
3. Der Übergang zur „Großen Koalition“ und das zweite Kabinett Braun . . . . .	751
4. Die Januarkrise 1925 und das interimistische Kabinett Marx . . . . .	752
5. Die Beendigung der Januarkrise 1925 und das dritte Kabinett Braun . . . . .	754
III. Landesregierung und Landtag 1928-1932. . . . .	755
1. Das Kabinett Braun in der dritten Legislaturperiode des Landtags . . . . .	755
2. Der Kampf um die vorzeitige Auflösung des Landtags. . . . .	757
3. Die Mittel der Krisenabwehr des Kabinetts Braun: Parlamentsvertagung und Diktaturgewalt . . . . .	759
4. Der Notstandsplan des Ministerpräsidenten Braun 1931/32. . . . .	760
§ 52. <i>Der preußische Verwaltungskörper.</i> . . . . .	762
I. Die Beamtenpolitik des preußischen Innenministeriums. . . . .	762
1. Der Beamtenstab des Innenministeriums. . . . .	762
2. Die Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst. . . . .	764

## Inhaltsverzeichnis

II. Die Mittel- und Unterinstanzen	
der preußischen inneren Staatsverwaltung . . . . .	765
1. Die preußischen Provinzen und die Oberpräsidenten . . . . .	765
2. Die preußischen Regierungsbezirke und die Regierungspräsidenten . . . . .	769
3. Die preußischen Polizeipräsidenten . . . . .	772
4. Die preußischen Landräte . . . . .	773
III. Die preußischen Großstädte und ihre Oberbürgermeister . . . . .	775
53. <i>Die vier süddeutschen Staaten.</i> . . . . .	779
I. Der Freistaat Bayern . . . . .	781
1. Die Verfassungsurkunde vom 14. August 1919 . . . . .	781
2. Vom Kabinett Hoffmann zum Kabinett v. Kahr . . . . .	782
3. Die Kabinette Graf Lerchenfeld und v. Knilling . . . . .	784
4. Die Landtagswahlen von 1924 und das Kabinett Held . . . . .	785
5. Die Landtagswahlen von 1928 und der Rücktritt des Kabinetts Held . . . . .	786
6. Das System der permanenten Geschäftsregierung . . . . .	787
7. Die Landtagswahlen von 1932 und das bayerische Notregime . . . . .	788
II. Der freie Volksstaat Württemberg . . . . .	789
1. Die Verfassungsurkunde vom 25. September 1919 . . . . .	789
2. Die Landtagswahlen von 1920 und das Kabinett v. Hieber . . . . .	790
3. Die Landtagswahlen von 1924 und das Kabinett Bazille . . . . .	792
4. Die Landtagswahlen von 1928 und das Kabinett Bolz . . . . .	792
5. Die Landtagswahlen von 1932 und das württembergische Notregime . . . . .	794
III. Die demokratische Republik Baden . . . . .	795
1. Die Verfassung vom 21. März 1919 . . . . .	795
2. Die Landtagswahlen von 1921/1925 und das badische Kabinett . . . . .	795
3. Die Landtagswahlen von 1929 und der Übergang zur „Großen Koalition“ . . . . .	796
4. Das Ende der „Großen Koalition“ in Baden . . . . .	798
IV. Der Volksstaat Hessen . . . . .	798
1. Die Verfassung vom 12. Dezember 1919 . . . . .	798
2. Die Landtagswahlen von 1921/1924 und das Kabinett Ulrich . . . . .	799
3. Die Landtagswahlen von 1927 und das Kabinett Adeling . . . . .	800
4. Die Landtagswahlen von 1931/1932 und das hessische Notregime . . . . .	801
54. <i>Die drei mitteldeutschen Staaten.</i> . . . . .	802
I. Der Freistaat Sachsen . . . . .	803
1. Die Verfassung vom 4. November 1920 . . . . .	803
2. Die Landtagswahlen von 1920 und das Kabinett Bück . . . . .	804
3. Die Landtagswahlen von 1922 und das Kabinett Zeigner . . . . .	805
4. Die Reichsexekution gegen Sachsen, der Sturz Zeigners und die Kabinette Fellisch und Heldt . . . . .	807
5. Die Landtagswahlen von 1926 und das Geschäftskabinett Heldt . . . . .	809
6. Die Landtagswahlen von 1929 und das Kabinett Bünger . . . . .	810
7. Die Landtagswahlen von 1930 und das Beamtenkabinett Schieck . . . . .	811

## Inhaltsverzeichnis

II. Der Freistaat Thüringen. . . . .	812
1. Der Zusammenschluß der thüringischen Staaten und das erste Kabinett Paulssen . . . . .	812
2. Die thüringische Verfassung vom 11. März 1921. . . . .	814
3. Das sozialistische Parteienbündnis und das Kabinett Frölich . . . . .	814
4. Die Reichsexekution gegen Thüringen. . . . .	816
5. Die Landtagswahlen von 1924 und das Beamtenkabinett Leutheußner . . . . .	817
6. Die Landtagswahlen von 1927 und die Koalitionen der Mitte . . . . .	818
7. Die Landtagswahlen von 1929 und das Kabinett Baum . . . . .	819
8. Die Landtagswahlen von 1932 und die Übernahme der Regierungsmacht durch die NSDAP. . . . .	820
III. Der Freistaat Anhalt . . . . .	821
1. Die Verfassung vom 18. Juli 1919. . . . .	821
2. Landtagswahlen und Landesregierungen 1919-1933. . . . .	822
§ 55. <i>Die vier norddeutschen Mittelstaaten.</i> . . . . .	823
I. Der Freistaat Mecklenburg-Schwerin . . . . .	824
1. Die Verfassung vom 17. Mai 1920. . . . .	824
2. Landtag und Landesregierungen 1920-1926. . . . .	824
3. Landtag und Landesregierungen 1926-1933. . . . .	825
II. Der Freistaat Mecklenburg-Strelitz . . . . .	826
1. Die Verfassung vom 29. Januar 1919/24. Mai 1923. . . . .	826
2. Landtag und Landesregierungen 1920-1927. . . . .	827
3. Landtag und Landesregierungen 1927-1933. . . . .	828
III. Der Freistaat Oldenburg . . . . .	829
1. Die Verfassung vom 17. Juni 1919. . . . .	829
2. Landtag und Landesregierungen 1920-1925. . . . .	830
3. Landtag und Landesregierungen 1925-1930. . . . .	831
4. Landtag und Landesregierungen 1931-1933. . . . .	832
IV. Der Freistaat Braunschweig . . . . .	833
1. Die braunschweigischen Verfassungskämpfe 1919-1921. . . . .	833
2. Die Verfassung vom 6. Januar 1922. . . . .	834
3. Landtag und Landesregierungen 1922-1927. . . . .	835
4. Landtag und Landesregierungen 1927-1933. . . . .	836
§ 56. <i>Die norddeutschen Stadtstaaten und Kleinstaaten.</i> . . . . .	838
I. Die Freie und Hansestadt Hamburg . . . . .	839
1. Die Verfassung vom 7. Januar 1921. . . . .	839
2. Bürgerschaft und Senat 1921-1933. . . . .	840
II. Die Freie Hansestadt Bremen. . . . .	842
1. Die Verfassung vom 18. Mai 1920. . . . .	842
2. Bürgerschaft und Senat 1920-1933. . . . .	843

## Inhaltsverzeichnis

III. Die Freie und Hansestadt Lübeck . . . . .	844
1. Die Verfassung vom 23. Mai 1920/4. April 1925. . . . .	844
2. Bürgerschaft und Senat 1921-1933. . . . .	845
IV. Der Freistaat Lippe. . . . .	846
1. Die Verfassung vom 21. Dezember 1920. . . . .	846
2. Landtag und Landespräsidium 1920-1933. . . . .	847
V. Der Freistaat Schaumburg-Lippe. . . . .	848
1. Die Verfassung vom 24. Februar 1922. . . . .	848
2. Landtag und Landesregierung 1922-1933. . . . .	848
VI. Der Staat Waldeck. . . . .	849
1. Das Land ohne Verfassung und ohne Staatsgewalt . . . . .	849
2. Der Anschluß an Preußen. . . . .	850

### *D. Kultur Staat und Kulturverfassung* . . . . . 853

§ 57. <i>Kulturstaat, Kulturkrise und Kulturkompromiß.</i> . . . . .	855
I. Der staatliche Kulturauftrag und die pluralistische Gesellschaft . . . . .	855
1. Der Kulturauftrag des neuen Staats . . . . .	855
2. Die staatliche Kulturhoheit und die kulturelle Toleranz . . . . .	857
II. Kulturverfassung und Kulturkompromiß. . . . .	858
1. Der Weimarer Kulturkompromiß - dilatorische Verdeckung oder konstruktive Bewältigung der Kulturkrise?. . . . .	858
2. Kulturhoheit und Kulturfreiheit . . . . .	860
III. Reich und Länder als Träger staatlicher Kulturhoheit . . . . .	861
1. Die Kulturhoheit des Reichs. . . . .	861
2. Die vorrangige Stellung Preußens im kulturellen Zusammenwirken der Länder. . . . .	862

### **Kapitel XVIII. Grundverhältnisse des Staatskirchenrechts** . . . . . 864

§ 58. <i>Staat und Kirche in der Reichsverfassung.</i> . . . . .	864
I. Die Garantie der individuellen Religionsfreiheit . . . . .	865
1. Glaubensfreiheit, Bekenntnisfreiheit, religiöse Vereinigungsfreiheit . . . . .	865
2. Positive und negative Religionsfreiheit . . . . .	866
II. Die institutionelle Garantie des Selbstbestimmungsrechts der Religionsgesellschaften. . . . .	867
1. Der institutionelle Sinn der Garantie der Glaubensfreiheit . . . . .	867
2. Der institutionelle Sinn des Satzes: „Es besteht keine Staatskirche“ . . . . .	867
3. Der institutionelle Sinn der Anerkennung der Religionsgesellschaften als „Körperschaften des öffentlichen Rechts“. . . . .	869
4. „Öffentlichkeitsauftrag“ und „Eigenständigkeit“ der Kirchen im Weimarer Staat . . . . .	871

## Inhaltsverzeichnis

§ 59. <i>Selbstbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte der Religionsgesellschaften</i>	873
I. Die Eigen verwaltungsrechte der Religionsgesellschaften . . . . .	874
1. Das Recht zur selbständigen Ordnung und Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten . . . . .	874
2. Der Weimarer Vorbehalt „des für alle geltenden Gesetzes“. . . . .	875
3. Die Staatsaufsicht gegenüber öffentlich-rechtlichen Religionsverbänden	877
II. Die Hauptbereiche der religionsgesellschaftlichen Eigenverwaltung . . . .	878
1. Die kirchliche Verfassungsautonomie . . . . .	878
2. Die kirchliche Gesetzgebungsautonomie. . . . .	881
3. Die kirchliche Amtsautonomie und der Staatseinfluß auf die Besetzung der Kirchenämter. . . . .	884
III. Die kirchlichen Mitwirkungsrechte innerhalb des staatlichen Hoheitsbereichs. . . . .	885
1. Staat, Kirche und Ehe. . . . .	886
2. Staat, Kirche und öffentliches Bildungswesen. . . . .	886
3. Militärseelsorge und Anstaltsseelsorge. . . . .	887
§ 60. <i>Die Gewährleistung der kirchlichen Vermögensrechte.</i> . . . . .	888
I. Die Garantie des Kirchenguts . . . . .	889
1. Die Entwicklung der Garantie des kirchlichen Eigentums. . . . .	889
2. Die Reichsgarantie des Kirchenguts . . . . .	890
II. Die Garantie der Staatsleistungen an die Kirchen. . . . .	890
1. Ablösungsgrundsatz und Leistungsgarantie. . . . .	890
2. Die Problematik des Reichsablösungsgesetzes. . . . .	892
3. Die Sperrvorschrift des Art. 173 WRV als Garantie des vermögensrechtlichen Status quo . . . . .	893
III. Das kirchliche Steuerrecht. . . . .	894
1. Die Entwicklung der Steuergewalt der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften. . . . .	894
2. Die Reichsgarantie der kirchlichen Steuergewalt. . . . .	895
3. Die Reichs- und die Landesgesetzgebung über das kirchliche Steuerrecht	896
IV. Die kirchliche Vermögensverwaltung . . . . .	898
1. Die Staatsgewalt und die Vermögensverwaltung der Religionsgesellschaften . . . . .	898
2. Das Weimarer Staatskirchenrecht und das kirchliche Vermögensverwaltungsrecht . . . . .	898
§ 61. <i>Staatskirchenrecht und Vertragskirchenrecht.</i> . . . . .	900
I. Das Vertragskirchenrecht und die staatliche Neuordnung Deutschlands .	902
1. Die Koordination von Staat und Kirche und das Konkordatssystem .	902
2. Das Ende des landesherrlichen Kirchenregiments und das Problem evangelischer Kirchenverträge. . . . .	903
3. Die Rechtsnatur der Verträge zwischen Kirche und Staat. . . . .	904

## Inhaltsverzeichnis

4. Die Zuständigkeit zum Abschluß von Kirchenverträgen . . . . .	906
5. Form und Verfahren beim Abschluß von Kirchenverträgen . . . . .	907
6. Materieellrechtliche Verfassungsschranken der Kirchenverträge . . . . .	908
II. Die Weimarer Bemühungen um ein Reichskonkordat . . . . .	909
1. Der Konkordatsplan des Reichskabinetts Fehrenbach . . . . .	909
2. Der Konkordatsplan des Reichskabinetts Wirth . . . . .	910
III. Die bayerischen Kirchenverträge von 1924/1925 . . . . .	912
1. Die bayerischen Kirchenvertragsverhandlungen . . . . .	912
2. Die parlamentarische Verabschiedung und die Inkraftsetzung der bayerischen Kirchenverträge . . . . .	914
3. Der Hauptinhalt der bayerischen Kirchenverträge . . . . .	916
IV. Das preußische Konkordat (1929) . . . . .	918
1. Die preußischen Konkordatsverhandlungen . . . . .	918
2. Der Hauptinhalt des preußischen Konkordats . . . . .	920
V. Der preußische Protestantenvertrag (1931) . . . . .	924
1. Die Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen . . . . .	924
2. Der Hauptinhalt des preußischen Protestantenvertrags . . . . .	925
VI. Die badischen Kirchenverträge (1932) . . . . .	928
1. Das badische Konkordat . . . . .	928
2. Der badische Protestantenvertrag . . . . .	929
3. Die parlamentarische Verabschiedung und die Inkraftsetzung der badischen Kirchenverträge . . . . .	930
4. Der Hauptinhalt der badischen Kirchenverträge . . . . .	931
VII. Das Reichsverfassungsrecht und die „politische Klausel“ der Kirchenverträge . . . . .	934
1. Der Art. 137 Abs. 3 WRV und die „politische Klausel“ . . . . .	934
2. Die unterschiedliche Gestaltung der „politischen Klausel“ im Weimarer Vertragskirchenrecht . . . . .	935
<b>Kapitel XIX. Schulverfassung und Hochschulverfassung</b> . . . . .	<b>937</b>
§ 62. <i>Der Kampf um die Volksschule</i> . . . . .	937
I. Der Weimarer Schulkompromiß . . . . .	939
1. Die Teilung der Schulhoheit zwischen Reich und Ländern . . . . .	939
2. Schulrevolution oder Schulreform? . . . . .	940
II. Die Garantien des Weimarer Reichsschulrechts . . . . .	941
1. Der Grundsatz der Staatsschule und der staatliche Bildungsauftrag . . . . .	941
2. Die staatliche Schulaufsicht . . . . .	942
3. Die allgemeine Schulpflicht . . . . .	943

## Inhaltsverzeichnis

III. Der Aufbau des Schulwesens . . . . .	945
1. Die Rangordnung der Schularten nach dem Art. 146 WRV. . . . .	945
2. Die Sperrvorschrift des Art. 174 WRV. . . . .	946
3. Die Verfassungsgarantie für den Religionsunterricht . . . . .	947
4. Die Errichtung bekenntnisfreier Sammelschulen während des schulrechtlichen Interims (Art. 174 WRV). . . . .	948
Übersicht über die Schularten des deutschen Volksschulwesens im Schuljahr 1931/32. . . . .	949
IV. Der Kampf um das Reichsschulgesetz . . . . .	950
1. Der Entwurf Koch (1921). . . . .	950
2. Der Entwurf Jarres (1924). . . . .	952
3. Der Entwurf Schiele (<1925). . . . .	953
4. Der Entwurf Külz (1926). . . . .	954
5. Der Entwurf Keudell (1927/1928). . . . .	955
6. Das endgültige Scheitern des Reichsschulgesetzes. . . . .	957
V. Die Rechtsstellung der Volksschullehrerschaft . . . . .	960
1. Die Verfassungsgarantien der Art. 143 und 149 WRV. . . . .	960
2. Die Beschäftigung bekenntnisloser Lehrer an Bekenntnisschulen und Simultanschulen. . . . .	960
§ 63. Die Höheren Schulen und die Lehrerbildungsanstalten. . . . .	961
I. Die Reform des Höheren Schulwesens. . . . .	962
1. Reich und Länder im Höheren Schulwesen. . . . .	962
2. Die preußische Schulreform. . . . .	964
Übersicht über die öffentlichen Höheren Schulen im Reich 1931/32 .	966
II. Die Reform der Lehrerbildung. . . . .	966
1. Die reichsverfassungsrechtlichen Grundsätze der Lehrerbildung . . . .	966
2. Die Zuständigkeit der Länder zur Regelung der Lehrerbildung . . . .	970
3. Die Formen der Lehrerbildungsanstalten, insbesondere die preußischen Pädagogischen Akademien. . . . .	970
4. Konfessionelle und simultane Lehrerbildungsanstalten. . . . .	972
§ 64. Hochschulverfassung und Hochschulreform. . . . .	973
I. Die Hochschulen in der Weimarer Zeit . . . . .	974
1. Bewahrung und Erneuerung der deutschen Hochschulidee. . . . .	974
2. Die Zuständigkeit für das Hochschulwesen. . . . .	976
3. Aufbau und Ausbau des Hochschulwesens. . . . .	977
II. Die Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre. . . . .	978
1. Die Wissenschaftsfreiheit und ihre immanenten Schranken . . . . .	978
2. Lehrfreiheit und Lehrauftrag des Hochschullehrers. . . . .	980
III. Die institutionelle Garantie der deutschen Hochschulfreiheit . . . . .	981
1. Die institutionelle Garantie der Wissenschaftsfreiheit . . . . .	981
2. Die institutionelle Garantie der akademischen Selbstverwaltung . . . .	982

## Inhaltsverzeichnis

IV. Die institutionelle Garantie der theologischen Fakultäten . . . . .	983
1. Die Staatsgarantie des Wissenschaftscharakters der Theologie . . . . .	983
2. Der Fakultäten-Artikel der Reichsverfassung als Kompetenz-Norm, Garantie-Norm und Kooperations-Norm . . . . .	985
3. Die Problematik der konkordatsrechtlichen „Weltanschauungsprofessuren“. . . . .	986
§ 65. <i>Hochschulkonflikte der Weimarer Zeit</i> . . . . .	987
I. Hochschullehrerschaft und Staat . . . . .	987
1. Die politische Struktur der Hochschullehrerschaft . . . . .	987
2. Die Rechtslage beim Einschreiten gegen verfassungsfeindliches Verhalten von Hochschullehrern . . . . .	989
II. Maßnahmen der Staatsleitungen gegen Hochschullehrer der politischen Rechten . . . . .	990
1. Der Fall Rüge. . . . .	990
2. Der Fall Vahlen. . . . .	991
3. Der Fall Marschall v. Bieberstein. . . . .	992
4. Der Fall Helfritz . . . . .	992
III. Maßnahmen der Staatsleitungen gegen Hochschullehrer der politischen Linken . . . . .	993
1. Der Fall Korsch . . . . .	993
2. Der erste Fall Gumbel. . . . .	994
3. Der zweite Fall Gumbel . . . . .	995
4. Der Fall Lessing . . . . .	997
IV. Maßnahmen zum Schutz angegriffener Hochschullehrer. . . . .	998
1. Der Fall Dehn . . . . .	998
2. Der Kampf um die Berufungen Dehns nach Heidelberg und Halle . . . . .	999
3. Der Fall Dehn und die Öffentlichkeit . . . . .	1001
§ 66. <i>Die Studentenschaft in der deutschen Hochschulverfassung</i> . . . . .	1002
I. Die Grundlagen der deutschen Studenten Verfassung. . . . .	1003
1. Die Entstehung der Allgemeinen Studentenausschüsse. . . . .	1003
2. Die Gründung der Deutschen Studentenschaft . . . . .	1004
II. Das deutsche Studentenrecht . . . . .	1006
1. Die Organisation der Studentenschaften. . . . .	1006
2. Die staatliche Anerkennung der Studentenschaften. . . . .	1007
3. Die preußische Studenten-Verordnung vom 18. September 1920 . . . . .	1007
III. Der Verfassungskampf in der Deutschen Studentenschaft . . . . .	1009
1. Die „Erlanger Verfassung“ und die „Göttinger Notverfassung“ (1921/1922). . . . .	1009
2. Das Schisma in der Deutschen Studentenschaft und der Sieg der Würzburger Richtung (1922/1923). . . . .	1011
3. Die Stralsunder Hochschulkonferenz. . . . .	1012



## Inhaltsverzeichnis

IV. Die Deutsche Studentenschaft in den mittleren Weimarer Jahren . . . .	.1013
1. Die Studentenführung 1924-1930 . . . . .	.1013
2. Der preußische Studentenkonflikt 1927/1928 . . . . .	.1014
3. Der Reichsinnenminister v. Keudell und der preußische Studentenkonflikt . . . . .	.1016
4. Die studentische Urabstimmung vom 30. November 1927 und das Ende der „verfaßten Studentenschaften“ in Preußen . . . . .	.1017
5. Hamburg und Baden in der Zeit des studentischen Verfassungskampfs	.1018
V. Die Deutsche Studentenschaft in den späten Weimarer Jahren . . . .	.1020
1. Die Zusammensetzung der deutschen Studentenschaften 1929-1933 .	.1020
2. Die Führung der Deutschen Studentenschaft 1929-1933. . . . .	.1021

### *E. Wirtschaftsstaat und Sozialstaat* . . . . .1023

## **Kapitel XX. Die Wirtschaftsverfassung der Weimarer Zeit** . . . . .1025

### *§ 67. Die Wirtschaftsfreiheit in der „Gemischten Wirtschaftsverfassung“* . . . . 1025

I. Die Grundentscheidung für die freiheitliche Wirtschaftsverfassung . . . .	.1026
1. Der Weimarer Wirtschaftskompromiß . . . . .	.1026
2. Der Begriff der Wirtschaftsverfassung. . . . .	.1027
II. Wirtschaftsfreiheit und Staatsintervention. . . . .	.1028
1. Die Garantie der Wirtschaftsfreiheit . . . . .	.1028
2. Wirtschaftsfreiheit und Gesetzesvorbehalt . . . . .	.1029
3. Wirtschaftsfreiheit und Gemeinwohl-Klausel . . . . .	.1030
4. Wirtschaftsfreiheit und Sozialstaats-Klausel. . . . .	.1031
III. Wirtschaftsfreiheit, Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie . . . .	.1032
1. Die Staatswirtschaft . . . . .	.1032
2. „Gemeinwirtschaft“ und „Wirtschaftsdemokratie“. . . . .	.1033
3. Die Teil-Sozialisierung der Ilseder Hütte. . . . .	.1035
IV. Wirtschaftsfreiheit und staatliche Wirtschaftslenkung. . . . .	.1037
1. Wirtschaftsplanung, Wirtschaftslenkung und Wirtschaftskontrolle . .	.1037
2. Staatliche Kostengestaltung . . . . .	.1038
3. Staatliche Preisfestsetzung und Preisüberwachung. . . . .	.1038
V. Die Finanzpolitik als Mittel der staatlichen Wirtschaftslenkung . . . .	.1039
1. Wirtschaftslenkung durch Staatssubventionen. . . . .	.1040
2. Wirtschaftslenkung durch Kreditpolitik . . . . .	.1041
3. Wirtschaftslenkung durch Zoll- und Steuerpolitik . . . . .	.1043
4. Wirtschaftslenkung durch Devisenbewirtschaftung und Bekämpfung der Kapitalflucht . . . . .	.1043
5. Das finanzwirtschaftliche Interventionssystem und die Wirtschaftsverfassung . . . . .	.1044

## Inhaltsverzeichnis

§ 68. Die Staatswirtschaft in der „Gemischten Wirtschaftsverfassung“ . . . . .	1045
I. Staatswirtschaftliche Reichsanstalten . . . . .	1046
1. Die Reichspost . . . . .	1047
2. Die Reichsbank . . . . .	1047
3. Von der Reichsbahn zur Reichsbahngesellschaft . . . . .	1048
4. Die Branntweinmonopol Verwaltung . . . . .	1049
II. Öffentliche Kreditanstalten des Reichs, der Länder und der Gemeinden . . . . .	1050
1. Öffentliche Kreditanstalten des Reichs in öffentlichrechtlicher und in privatrechtlicher Form . . . . .	1050
2. Öffentliche Kreditanstalten der Länder und der Gemeinden . . . . .	1051
III. Privatwirtschaftliche Unternehmen der Öffentlichen Hand . . . . .	1052
1. Reichsunternehmen in privatwirtschaftlicher Form . . . . .	1052
2. Preußische Staatsunternehmen in privatwirtschaftlicher Form . . . . .	1053
3. Staatsunternehmen der Mittelstaaten in privatwirtschaftlicher Form . . . . .	1054
4. Kommunalunternehmen in privatwirtschaftlicher Form . . . . .	1055
5. Gemischtwirtschaftliche Unternehmen . . . . .	1055
IV. Staat und Rundfunk . . . . .	1056
1. Die gemischtwirtschaftliche Organisation des Rundfunkwesens . . . . .	1056
2. Die Rundfunkhoheit des Reichs . . . . .	1056
§ 69. Die Selbstverwaltung der Wirtschaft . . . . .	1057
I. Die Wirtschaftskammern . . . . .	1058
1. Die Landwirtschaftskammern . . . . .	1059
2. Die Industrie- und Handelskammern . . . . .	1060
3. Die Handwerkskammern . . . . .	1061
II. Die Wirtschaftsverbände . . . . .	1061
1. Die Landwirtschaftsverbände . . . . .	1062
a) Der Reichslandbund . . . . .	1062
b) Die Vereinigung der deutschen Bauern vereine . . . . .	1063
c) Der Deutsche Bauernbund und die Deutsche Bauernschaft . . . . .	1063
2. Der Reichsverband der Deutschen Industrie . . . . .	1064
3. Der Reichsverband des Deutschen Handwerks . . . . .	1065
§ 70. Wettbewerbsfreiheit und Wettbewerbsbindungen . . . . .	1065
I. Wettbewerbsordnung durch Zwangskartelle . . . . .	1067
II. Die Organisation der Kohlenwirtschaft . . . . .	1068
1. Die Kohlensyndikate . . . . .	1068
2. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Kohlenwirtschaft . . . . .	1069
3. Reichskohlen verband und Reichskohlenrat . . . . .	1070
4. Der Reichswirtschaftsminister und die Kohlenwirtschaft . . . . .	1071

## Inhaltsverzeichnis

III. Die Organisation der Kaliwirtschaft . . . . .	.1072
1. Das Kalisyndikat . . . . .	.1072
2. Der Reichskalirat, das Kalibeschwerdeverfahren und die Oberaufsicht des Reichswirtschaftsministers . . . . .	.1073
IV. Die privatwirtschaftlichen Kartelle und die staatliche Kartellaufsicht . . .	.1074
1. Kartellverordnung und Kartellgericht . . . . .	.1074
2. Die Kartellaufsicht nach der Kartellverordnung . . . . .	.1075
3. Die Verschärfung der Kartellaufsicht durch die Kartell-Notverordnung	.1076
V. Konzernwesen und Konzernkontrolle . . . . .	.1077
1. Die Ausdehnung des Konzernwesens. . . . .	.1077
2. Die staatliche Konzernaufsicht . . . . .	.1079
<b>Kapitel XXI. Sozialstaat und Arbeitsverfassung</b>	<b>1081</b>
§ 71. Der „soziale Rechtsstaat“ und das neue Arbeitsrecht . . . . .	.1081
I. Rechtsstaat und Sozialstaat in der Reichsverfassung. . . . .	.1082
1. Das Weimarer Programm des „sozialen Rechtsstaats“. . . . .	.1082
2. Die Korrelation des Rechtsstaatsprinzips und des Sozialstaatsprinzips	.1084
II. Sozialstaat, Arbeitsrecht und ArbeitsVerhältnis. . . . .	.1085
1. Die sozialstaatliche Entwicklung des Arbeitsrechts . . . . .	.1085
2. Vom schuldrechtlichen zum personenrechtlichen Arbeitsverhältnis . .	.1086
3. Das „Recht auf Arbeit“ und die „Pflicht zur Arbeit“ (Art. 163 WRV)	.1088
4. Arbeitsverhältnis und Arbeitsgerichtsbarkeit. . . . .	.1090
§ 72. Die sozialrechtlichen Sicherungen des Arbeitslebens. . . . .	.1090
I. Einstellungszwang und Kündigungsschutz. . . . .	.1091
1. Der gesetzliche Einstellungszwang . . . . .	.1091
2. Der individuelle Kündigungsschutz . . . . .	.1092
II. Die Maßnahmen gegen Betriebsstillegungen. . . . .	.1093
1. Die Demobilmachungsverordnung vom 3. September 1919/12. Februar 1920. . . . .	.1093
2. Die Stilllegungsverordnung vom 8. November 1920/15. Oktober 1923 .	.1093
III. Das Arbeitsschutzrecht . . . . .	.1094
1. Der Schutz der Arbeitskraft (Art. 157 Abs. 1 WRV). . . . .	.1094
2. Die Entwicklung des öffentlichrechtlichen Arbeitsschutzes . . . .	.1095
3. Die Erweiterung des Arbeitsschutzes durch das Arbeitszeitrecht . . .	.1096
IV. Die Sozialversicherung. . . . .	.1097
1. Die Fortbildung des überlieferten Sozialversicherungsrechts. . . . .	.1097
2. Sozialversicherungsbehörden und Sozialversicherungsträger. . . . .	.1098

## Inhaltsverzeichnis

V. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung . . . . .	.1099
1. Vom Arbeitsnachweis zur staatlichen Arbeitsvermittlung . . . . .	.1099
2. Von der allgemeinen Fürsorge zur Erwerbslosenfürsorge . . . . .	.1100
3. Der Übergang zur Arbeitslosenversicherung (1927). . . . .	.1102
§ 73. <i>Betriebsverfassungsrecht und Arbeitnehmer-Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Kapitalgesellschaften.</i> . . . . .	.1103
I. Das Betriebsvertretungsrecht. . . . .	.1104
1. Die Fortbildung des überlieferten Betriebsvertretungsrechts nach der Novemberrevolution . . . . .	.1104
2. Das Betriebsrätegesetz von 1920. . . . .	.1105
II. Die Haupteinrichtungen des Weimarer Betriebsverfassungsrechts . . . . .	.1107
1. Die Betriebsräte. . . . .	.1107
2. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsvertretungen, insbesondere die Betriebsvereinbarungen. . . . .	.1108
3. Die Betriebsverfassungstreitigkeiten. . . . .	.1109
III. Die wirtschaftliche Mitbestimmung durch Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat . . . . .	.1110
1. Die Entsendung von Arbeitnehmervertretern in die Aufsichtsräte von Kapitalgesellschaften. . . . .	.1110
2. Absicht und Wirkung der Arbeitnehmer-Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Kapitalgesellschaften. . . . .	.1111
§ 74. <i>Koalitionsrecht und Berufsverbände.</i> . . . . .	.1112
I. Koalitionsfreiheit und berufsständische Mitbestimmung . . . . .	.1114
1. Das Berufsverbandsprinzip im Kampf um Selbstverwirklichung und Selbstbehauptung . . . . .	.1114
2. Die Koalitionsfreiheit - ein Freiheitsrecht der Berufstätigen und eine institutionelle Garantie der Berufsverbände. . . . .	.1115
II. Die Entwicklung der Berufsverbände in der Weimarer Zeit . . . . .	.1117
1. Die Arbeitgeberverbände . . . . .	.1117
2. Die Gewerkschaften. . . . .	.1118
III. Die drei gewerkschaftlichen Hauptrichtungen . . . . .	.1119
1. Die Freien Gewerkschaften . . . . .	.1119
2. Die Christlichen Gewerkschaften. . . . .	.1120
3. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. . . . .	.1122
§ 75. <i>Tarifmacht, Arbeitskampf recht, Schlichtungswesen.</i> . . . . .	.1123
I. Das Tarifvertragsrecht nach Art. 165 Abs. 1 WRV. . . . .	.1125
1. Die Tarifmacht der Berufsverbände. . . . .	.1125
2. Der Tarifvertrag. . . . .	.1126
3. Die Allgemeinverbindlicherklärung . . . . .	.1127

## Inhaltsverzeichnis

II. Das Arbeitskampfrecht nach Art. 159 WRV. . . . .	.1128
1. Die verfassungsrechtliche Anerkennung des Arbeitskampfrechts . . . . .	.1128
2. Die Waffengleichheit im Arbeitskampfrecht . . . . .	.1129
3. Die Grenzen des Arbeitskampfrechts . . . . .	.1130
III. Das Schlichtungswesen . . . . .	.1133
1. Die Übernahme des Schlichtungsrechts in die Tarifvertragsverordnung von 1918 . . . . .	.1133
2. Die Begrenzung der Tarifautonomie der Berufsverbände durch die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen (1919) . . . . .	.1134
3. Das Schlichtungsverfahren nach der Verordnung vom 30. Oktober 1923	.1134
IV. Der „Einbruch“ in den Tarifvertrag und der „Alleinentscheid“ des Schlichters. . . . .	.1135
1. Der schlichtungsrechtliche „Einbruch“ in den Tarifvertrag. . . . .	.1135
2. Der „Alleinentscheid“ des Vorsitzenden im Schlichtungsverfahren . . . . .	.1136
§ 76. <i>Der Ruhreisenstreit - ein Modellfall für die Problematik     der Weimarer Sozialverfassung.</i> . . . . .	.1138
I. Der Arbeitskonflikt an der Ruhr 1928/1929. . . . .	.1138
1. Der Schiedsspruch im Ruhreisenstreit vom 26. Oktober 1928 . . . . .	.1138
2. Die Aussperrung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie. . . . .	.1139
3. Die Duisburger Urteile vom 12. und 24. November 1928 . . . . .	.1140
II. Das Reich und der Arbeitskonflikt an der Ruhr. . . . .	.1140
1. Die Reichsregierung und der Ruhreisenstreit . . . . .	.1140
2. Der Reichstag und der Ruhreisenstreit . . . . .	.1141
3. Die Bestellung Severings zum Oberschiedsrichter im Ruhreisenstreit . . . . .	.1142
4. Die Beilegung des Arbeitskampfs im Ruhrrevier. . . . .	.1144
III. Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 22. Januar 1929. . . . .	.1145
1. Die Feststellung der „Nichtigkeit“ des Düsseldorfer Schiedsspruchs und der Verbindlicherklärung des Reichsarbeitsministers. . . . .	.1145
2. Die Folgen des Leipziger Urteils in der Wirtschaftskrise 1930/1932 . . . . .	.1146

## VERMERK FÜR DAS GESAMTWERK

Die Abkürzungen Bd. I, Bd. II usw. (ohne weitere Angabe) verweisen auf die entsprechenden Bände der „Deutschen Verfassungsgeschichte seit 1789“.

Die Abkürzung „Dokumente“ (Bd. 1, Bd. 2, Bd. 3) bezeichnet die entsprechenden Bände der „Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte“.

Der Hinweis „Staat und Kirche“ bezieht sich auf das Quellenwerk *E.R.Huber-W.Huber*, Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. I (1973), Bd. II (1976).